



Donnerstag, 19. Dezember 2024

Haushaltsrede 2024/25 der SPD-Fraktion (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD-Fraktion bedankt sich von ganzem Herzen bei allen Bürgern und Bürgerinnen, die am Erfolg unserer Stadtgesellschaft mitarbeiten. Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Wir kennen Sie als hochqualifizierte und motivierte Mannschaft. Wir danken ebenso ausdrücklich Allen, die Steuern zahlen. Gemeinsam mit Ihnen nehmen wir die Herausforderungen auch in diesen schwierigen Zeiten an – zum Wohle der ganzen Stadt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Tat, die soeben genannten schwierigen Zeiten sind akut und offenbaren sich in einer prekären Finanzsituation. Die heiklen Kommunal финанzen der Stadt Aalen sind in den letzten Wochen und Tagen sowohl öffentlich als auch im Gemeinderat hinreichend mit Zahlen und Fakten beschrieben worden. Im Einverständnis mit dem Gemeinderat haben OB Brütting, die beiden Dezernenten, die Kämmerei und die verantwortlichen Vertreter der verschiedenen Ämter in der Zeit zwischen Oktober und heute gemeinsam den Versuch unternommen den Haushalt 2025 genehmigungsfähig zu machen. So wie sich die Situation momentan darstellt, scheint diese Sisyphos-Arbeit zu gelingen, wenn der Gemeinderat in der Januarsitzung seinen Anteil dazu beiträgt. Weil diese vorbereitende Arbeit für die Finanzplanung 2025 so schwierig war und immer noch ist, habe ich dieses Jahr den Herzlichen Dank der SPD-Fraktion an die Rathausmannschaft an den Anfang unserer HH-Rede gesetzt.

Sehr geehrten Damen und Herren, die städtischen Haushalte und die

gesamtwirtschaftlichen Eckdaten werden von den gleichen Faktoren geprägt. Alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stehen weiterhin unter dem Einfluss der allseits bekannten und seit den Coronajahren immer akuter werdenden Krisen. Die Aalener Situation ist kein Einzelfall.

Die Kommunalen Landesverbände beschreiben die Situation der Kommunalfinanzen in einer Pressemitteilung mit deutlichen Worten:

„Die Haushaltslage der Städte, Gemeinden und Landkreise befindet sich im Jahr 2024 in einer beispiellosen Abwärtsspirale, die im Jahr 2025 nochmals deutlich an Dynamik zulegen wird.“

Auch in der Region Ostwürttemberg hat sich das konjunkturelle Stimmungsbild im Herbst 2024 gegenüber den Vormonaten verschlechtert: Der aktuelle Konjunkturbericht der IHK titelt: **„Wirtschaft erholt sich nicht – die Erwartungen sind mau“**.

Die Geschäftslage wird noch als befriedigend empfunden, aber die Geschäftserwartungen werden pessimistisch eingeschätzt. Die aktuelle Verunsicherung bei den Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungswirtschaft ist sehr hoch und das angesichts schwieriger, tiefgreifender Transformationsprozesse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, analoge Transformationsprozesse haben die Kommunen zu leisten. Das betrifft vor allem die Bereiche: Bildung und Betreuung; den Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes, die Mobilität; aber auch ganz dringlich den Bereich des Wohnungsbaus, den der Digitalität und natürlich die medizinische Versorgung. Die Finanzierung dieser Wirtschafts- und Gesellschaftstransformationen muss parallel zu den Veränderungen verdient werden, sonst kann es auch nicht investiv verwendet werden. Das gleiche gilt im Bereich der kommunalen Partner. All diese Themenbereiche erfordern nicht nur den tiefgehenden Umbau unserer Gesellschafts- und Verwaltungsstrukturen; sie bedürfen vor allem der

verlässlichen finanziellen Unterstützung der Kreise, Städte und Gemeinden durch Bund und Länder, nicht zu vergessen auch durch die EU.

Helfen könnte dabei auch die Bereitschaft, das oft unvernünftig hohe Tempo aus der Bewältigung dieser tiefgreifenden gesellschaftlichen Infrastrukturänderungen herauszunehmen! Über die Zielrichtung herrscht ja größter gesellschaftlicher Konsens, aber dem wechselseitigen Verhältnis zwischen **Finanzierbarkeit und Investitionstempo** wird dabei zu oft und zu wenig Beachtung geschenkt.

Der baden-württembergische Städtetag hat sich mit den Gründen für diese landesweite Schieflage der Kommunalhaushalte befasst und deshalb mehrere Forderungen an das Land gestellt:

Er hält die Beantragung und Bewilligung von Fördermitteln für oft zu bürokratisch. Dies führt zu Verzögerungen bei der Auszahlung der Mittel. Die Antragsverfahren für Fördermittel sind oft komplex und erfordern detaillierte Nachweise und Dokumentationen. Sowohl auf Seiten der Antragsteller als auch auf Seiten der bewilligenden Behörden gibt es oft Kapazitätsengpässe, Koordinationsprobleme und verlängerte Bearbeitungszeiten.

In der Tat, meine sehr verehrten Damen und Herren, will man den gegenwärtigen enormen Bedarfen und Herausforderungen gerecht werden, ist eine fundamentale Verbesserung der Finanzierungsstrukturen zugunsten der Kommunen notwendig. Es braucht finanzielle Unterstützung, die langfristig trägt und nicht zum Gegenstand jährlich wiederkehrender und langwieriger Verhandlungen wird.

Ein richtig verstandenes Konnexitätsprinzip stellt sicher, dass kostenintensive Verpflichtungen, Verordnungen oder Gesetze, die als Aufgaben von Bund oder Land auf die kommunale Ebene übertragen werden, vom Land entsprechend finanziell begleitet und abgesichert werden. Es gilt die Formel: „Wer bestellt, der bezahlt.“

Dieses kommunalpolitische Grundgesetz steht momentan in Frage, denn in vielen Bereichen steigen die Ausgaben für soziale Aufgaben auf kommunaler Ebene erheblich an. Hier bedarf es der Überprüfung der Standards und echter solidarischer gemeinschaftlicher Finanzierung. Dieses betrifft z.B. die Kosten der Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe, der Hilfe zur Pflege, der Integration und Unterbringung von Geflüchteten. Wir wollen einen starken Sozialstaat, der denjenigen hilft, die Unterstützung brauchen.

Eine verlässliche Konnexität ist auch deshalb notwendig, um den kostenintensiven **Standardanpassungen** sowie den **Erweiterungen bestehender Aufgaben** gerecht zu werden. Und überdies braucht es eine grundsätzliche und systematische **Verbesserung der Kommunalfinanzen auf der Steuerzuweisungsebene** zusätzlich zu den Förderprogrammen.

Das genauso wichtige **zweite** politische Verwaltungsprinzip; das der **Subsidiarität** fordert gleichzeitig, dass staatliche Eingriffe nur dann stattfinden, wenn Kommunen eine Aufgabe nicht selbstständig bewältigen können.

Dieses äußerst löbliche Ziel verortet Entscheidungen und Aufgaben möglichst nah an den Bürgerinnen und Bürgern. So weit so gut. Das darf aber nicht heißen, dass der Bund oder die Bundesländer nur zögerlich helfen oder nur schleppend unterstützen, wenn die Kommunen nur noch mit größter Mühe in der Lage sind die Gesetzes- und Verordnungsvorgaben von Bund und Land finanziell umzusetzen. Die daraus resultierende Finanzbelastung lässt mich als langjährigen Stadtrat immer öfter an das Sprichwort denken: „Den Letzten beißen die Hunde“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was die Aalener Situation betrifft, steht für die SPD-Fraktion auch in Zukunft vor allem der Ausbau und die Weiterentwicklung

des Bildungs- und Betreuungsangebots und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Fokus. Der verantwortungsvolle Klimaschutz bildet für uns einen weiteren Schwerpunkt unserer politischen Arbeit.

Deshalb will ich hier bewusst eine Forderung vom letzten Jahr wiederholen!

Alle Kommunalfraktionen zusammen **müssen bei unseren Vertretern auf Bundes- und Landesebene** verstärkt darauf drängen, dass **adäquate** Förderprogramme aufgelegt werden. Die großen gesellschaftspolitischen Umwälzungen, die anstehen, sind ohne ausreichende Förderprogramme auf kommunaler Ebene allein nicht zu stemmen. Der Bund und **vor allem das Land** muss hier als politischer Partner **weitere Entlastungen der Städte und Landkreise** schaffen.

Apropos Entlastungen: Auf der Ebene der Landkreise ergibt sich für das Jahr 2025 ein Finanzierungsdefizit von mehreren 100 Mio. Euro. Es ist völlig illusorisch, diese Lücke allein durch eine Erhöhung der Kreisumlagen schließen zu wollen, denn das würde den kreisangehörigen Städten und Gemeinden vollends die Luft zum Atmen nehmen. Die Stadt Aalen muss allein 50 Millionen Euro für diese Umlage berappen. Was die astronomischen Kosten für den Neubau der Zentralklinik bei Essingen betrifft, lohnt sich ein Blick in den Bundes- und Landeshaushalt. In beiden Fördertöpfen findet man Zahlen, die eine Finanzierung dieser Klinik näher am Wunschdenken als an deren Realisierung platziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade weil weiterhin Unsicherheit über Dauer und Ausmaß der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen besteht, heißt das für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt Aalen ganz klar: die Rahmenpläne müssen zwar auf Sicht entwickelt werden; aber die notwendigen Investitionen müssen langfristig konsequent weiterverfolgt werden! Wir wollen die laufenden Projekte kontrolliert und erfolgreich zu Ende führen und in allen Bereichen der kommunalen Grundversorgung die Lebensbedürfnisse der Bürger und

Bürgerinnen **in allen Teilorten** verbessern, erhalten und sichern.

Wenn die Fremdhilfe durch Subsidiarität und Konnexität nicht ausreicht, müssen wir angesichts der angespannten Finanzlage notgedrungen als Stadt selbstständig agieren und sowohl auf der Einnahmenseite als auch der Ausgabenseite zu Korrekturen bereit sein.

Auf der Einnahmenseite müssen die städtischen Gebühren auf den Prüfstand, um zusätzliche Einnahmen zu generieren. Regelmäßige Updates der kleinen Schritte verhindern große Finanzierungslücken. Das ist umso wichtiger, als Aalen ein vergleichsweise unterdurchschnittliches Steueraufkommen zu verzeichnen hat und viele Hebesätze seit 2017 nicht angepasst wurden.

Auf der Ausgabenseite wollen wir bei den Investitionen keine Vollbremsung vollführen, sondern vielmehr klug priorisieren. Rentierliche Schulden generieren Arbeitsplätze und zukünftige Einnahmen auf der Gewerbesteuerseite. Der zügige Ausbau der nötigen Infrastruktur für die Ansiedlung von Zeiss einschließlich der Erschließung neuer Baugebiete ist so ein Beispiel für kluge Priorisierung.

Beim Sparen denken wir auch an unser Radwegeprogramm, das jährlich mit satten 2 Mill. Euros festgeschrieben ist, obwohl dessen vollständige Bewirtschaftbarkeit sehr schwierig umzusetzen ist. **In diesem Bereich müssen wir darüber nachdenken, ob neue Investitionen mal ein Jahr ausgesetzt werden oder die Planausgaben halbiert werden, um Priorisierungen in den Bereichen der Grundversorgung zu optimieren.**

Im Wettbewerb um Fachkräfte, Neubürger und Investoren spielt die **Kultur** inzwischen als sogenannter „harter“ Standortfaktor eine große Rolle. Die städtischen Kultureinrichtungen sind deshalb ein wichtiger Bestandteil unserer Stadtidentität. Das gleiche gilt für die vielen ehrenamtlichen Kulturschaffenden in Vereinen, Initiativen und anderen Organisationen. Ohne dieses ehrenamtliche, bürgerschaftliche Engagement

wäre die Stadt weniger attraktiv. *Wir würden uns wünschen, den Reigen der bestehenden Kulturveranstaltungen zu erweitern.* Unseren Fokus richten wir dabei auf den **KuBAA und das neu entstehende Gaulbad**. *Im Bereich dieser Plätze könnten wir uns attraktive Sommerveranstaltungen bspw. aus den Bereichen Theater und Jazz vorstellen, die kostengünstig finanzierbar wären.*

Zukunftsperspektivisch haben wir weiterhin die **Stadtbibliothek** im Visier. Sie ist in die Jahre gekommen und bedarf einer grundlegenden Modernisierung. *Wir beantragen deshalb dieses Ertüchtigungsvorhaben weiterhin zu priorisieren.*

Die Stadt Aalen erarbeitet gerade ein neues Tourismuskonzept. Analyse- und Planungsschritte belegen, dass eine attraktive Jugendherberge ein wichtiger Bestandteil des Übernachtungsangebots für Schüler, Jugendliche und Familien ist. Wie schon öfters hier vorgetragen, **stellt die SPD-Fraktion abermals den Antrag** dieses Vorhaben zu priorisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz aller Probleme fallen wir als SPD-Fraktion nicht in pessimistische Depression. Wir agieren weiterhin mit Optimismus. Wir folgen dem Wahlspruch des britischen Philosophen Karl Popper: *„Optimismus ist Pflicht. Man muss sich auf die Dinge konzentrieren, die gemacht werden sollen und für die man verantwortlich ist.“* So wollen wir es halten.

Die Projekte, die momentan aufgrund der prekären Finanzlage nicht realisierbar sind, werden wir weiterhin im Auge behalten und bei potenzieller Finanzierbarkeit wieder in Angriff nehmen.

Vielen Dank. P.S.: Eine Antragsliste ist der Rede beigelegt.

Fraktionsvorsitzender SPD
Hermann Schludi



Haushaltsanträge der SPD-Gemeinderatsfraktion:

Quartiersstrategie weiterentwickeln

Viele Bürger und Bürgerinnen schätzen das menschliche Miteinander mit Freizeit-Angeboten in ihren Wohnquartieren. Im Hinblick auf die städtische Quartiersentwicklung stellt die SPD-Fraktion den Antrag die schon erfolgreiche Strategie weiterzuentwickeln, da nun in einem ersten Schritt klare Schnittstellen für Synergien bei Standorten und Angeboten bereits definiert wurden.

Radwegeprogramm

Beim Sparen denkt die SPD-Fraktion auch an das Radwegeprogramm, das jährlich mit satten 2 Mill. Euro festgeschrieben ist, obwohl eine vollständige Bewirtschaftung sehr schwierig umzusetzen ist. In diesem Bereich müssen wir darüber nachdenken, ob neue Investitionen mal ein Jahr ausgesetzt werden oder die Planausgaben halbiert werden, um Priorisierungen in den Bereichen der Grundversorgung zu optimieren.

Sommer-Kulturveranstaltungen im KuBAA und am Gaulbad prüfen

Die SPD-Fraktion stellt einen entsprechenden Prüfauftrag, um den Reigen der bestehenden Kulturveranstaltungen kostengünstig zu erweitern. Der Fokus richtet sich hierbei auf den KuBAA und das neu entstehende Gaulbad. Im Bereich dieser Plätze können attraktive Sommerveranstaltungen bspw. aus den Bereichen Theater und Jazz durchgeführt werden, die kostengünstig finanzierbar wären. So kann mit geringen finanziellen Mitteln die Attraktivität der Aalener Kulturlandschaft erhöht werden.

Renaturierung des „Alten Gaulbads“ zukunftsprospektivisch angehen

Mit der Renaturierung des Kochers, dem Umbau der Stuttgarter Straße und der Freilegung des „Gaulbads“ wird die Aufenthaltsqualität im Innenstadtquartier bereits klimagerecht gesteigert. Die Weiterführung der Maßnahmen unter Einbezug des „Alten Gaulbads“ in die Renaturierung ist der nächste Schritt. Die SPD-Fraktion beantragt diese klimafreundliche Möglichkeit zukunftsprospektivisch voll auszuschöpfen, wenn finanzielle Eigenmittel und Fördermöglichkeiten es zulassen.

Ertüchtigung der Stadtbibliothek weiterhin priorisieren

Zukunftsprospektivisch hat die SPD-Fraktion weiterhin die Stadtbibliothek im Visier. Sie ist in die Jahre gekommen und bedarf einer grundlegenden Modernisierung. Wir beantragen deshalb das Ertüchtigungsvorhaben dieser Bildungseinrichtung weiterhin zu priorisieren.

Jugendherberge priorisieren

Die Stadt Aalen erarbeitet gerade ein neues Tourismuskonzept. Analyse- und Planungsschritte belegen, dass eine attraktive Jugendherberge ein wichtiger Bestandteil des Übernachtungsangebots für Schüler, Jugendliche und Familien ist. Die SPD-Fraktion stellt erneut den Antrag

dieses Vorhaben zu priorisieren, um die fehlenden Übernachtungskapazitäten im Bereich des Familien- und Jugendtourismus zu schaffen.

Appell an Bund und Land

Alle Kommunalfraktionen zusammen müssen bei unseren Vertretern auf Bundes- und Landesebene verstärkt darauf drängen, dass adäquate, unbürokratische Förderprogramme aufgelegt werden. Die großen gesellschaftspolitischen Umwälzungen, die anstehen, sind ohne ausreichende Förderprogramme auf kommunaler Ebene allein nicht zu stemmen. Der Bund und vor allem das Land muss hier als politischer Partner weitere Entlastungen der Städte und Landkreise schaffen. Eine entsprechende Resolution soll vonseiten der Stadtverwaltung vorbereitet werden.

Sanierungsgebiet Innenstadt priorisieren

Mit der Erstellung des Innenstadtentwicklungskonzepts ist eine Grundlage für die Ausweisung eines Sanierungsgebiets „Innenstadt“ gegeben. Hierdurch können u. a. weitere Fördermittel generiert, eine Aufwertung der öffentlichen Räume in der Innenstadt erreicht und private Eigentümer bei der Sanierung ihrer Gebäude unterstützt und damit das Stadtbild verbessert werden. Zudem können notwendige Neuordnungsmaßnahmen unterstützt werden. Daher stellt die SPD-Fraktion den Antrag ein Sanierungsgebiet „Innenstadt“ im Rahmen der Städtebauförderung nach Möglichkeit zu priorisieren.